

Gert Krell

Schatten der Vergangenheit: Nazi-Zeit, Holocaust und Nahost-Konflikt

Vortragsmanuskript, Stand vom 22. März 2011

- 1. Einleitung und Fragestellung**
- 2. Das nationalsozialistische Deutschland, der Holocaust und die israelische Staatsgründung**
 - 2.1 These 1: Die Staatsgründung als Ergebnis der nationalsozialistischen Verfolgung und des Holocaust
 - 2.2 Einwanderung in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts
 - 2.3 Der internationale Entscheidungsprozess und die Rolle der Großmächte
- 3. Das nationalsozialistische Deutschland, die Araber und der Nahost-Konflikt**
 - 3.1 These 2: Der Nahost-Konflikt als Produkt der Kollaboration zwischen Nazi-Deutschland und den Arabern
 - 3.2 Arabische Kollaboration und arabischer bzw. islamischer Antisemitismus
 - 3.3 Einschränkungen und Problematisierungen
- 4. Erweiterung der historischen Perspektive**
 - 4.1 Die zionistische Programmatik und der Nahost-Konflikt
 - 4.2 Der Nahost-Konflikt in der Summer der historischen Verantwortung
- 5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen**
 - 5.1 Wissenschaftliche Ergebnisse
 - 5.2 Politische Schlussfolgerungen

Ausführliche Textgrundlagen mit Belegen und Literaturhinweisen:

Gert Krell, *Schatten der Vergangenheit: Nazi-Deutschland, Holocaust und Nahost-Konflikt*, HSFK-Report 7/2008, Frankfurt am Main 2009, 53 S. (kann von meiner Website heruntergeladen werden: www.gert-krell.de; dort auch diese stark gekürzte und immer wieder überarbeitete und aktualisierte Vortragsfassung)

Prof. Dr. Gert Krell, Im Langgewann 37, 65719 Hofheim, 06192-22063, mail@gert-krell.de

1. Einleitung und Fragestellung¹

In kaum einem Konflikt spielt die Bezugnahme auf Geschichte eine so große Rolle wie zwischen Israel und den Palästinensern. In Israel gehören NS-Zeit und *Shoah* – wie auf der palästinensischen Seite *al Nakba*, die Niederlage und die Flucht bzw. Vertreibung von 1948/49 – zu einem kollektiven Bewusstsein, das über Generationen weitergegeben wird. Diese Traumatisierungen wirken bis heute nach (Benbassa 2010, Sa'di/Abu-Lughod 2007), aber sie werden im Propagandakrieg zwischen den Konfliktparteien auch „gnadenlos“ instrumentalisiert (Burg 2009, Zuckermann 2010, Achcar 2010). Nicht nur die iranische Führung, auch Teile der Medien, der Öffentlichkeit und der Intellektuellen im arabisch/islamischen Raum leugnen oder verharmlosen den nationalsozialistischen Massenmord an den Juden; gleichzeitig ist immer wieder die Rede von einem „zionistischen Holocaust“ an den Arabern. Auf der anderen Seite vergleichen jüdische Nationalisten die Räumung von Siedlungen durch ihre eigene Regierung mit dem Holocaust oder stecken den (bald darauf ermordeten) israelischen Ministerpräsidenten Jitzhak Rabin auf Plakaten in eine SS-Uniform. Und der jetzige israelische Außenminister Avigdor Lieberman bemüht sich, jede Kritik an der Alltagsbarbarei der Besatzung dadurch in Verruf zu bringen, dass er sie mit einer Verharmlosung der *Shoah* assoziiert.

In der deutschsprachigen Diskussion wirken andere Entstellungen. Zwar spielt die Leugnung des Holocaust kaum noch eine Rolle, aber an den Rändern überleben antisemitische Tendenzen, und die Abwehrhaltung der Bevölkerung gegenüber der Thematisierung der NS-Verbrechen ist noch weit verbreitet. Einer Israelkritik, die das Land auf eine Stufe mit den Untaten des Nazi-Regimes stellt, stimmen bei Umfragen im Zeitraum von 2003 bis 2008 zwischen 51 und 73% der Bevölkerung zu (Leibold/Kühnel 2009). Dem stehen Tendenzen philosemitischer Idealisierung gegenüber, wie z. B. bei der Gruppe der Anti-Deutschen, einem politisch schillernden Zerfallsprodukt der radikalen Linken in der Bundesrepublik. Für diese Gruppe symbolisiert Israel die Opfer von Auschwitz und übernehmen die Araber den Part der Nazis.

Dem politischen Missbrauch, ja der Banalisierung der *Shoah* möchte ich meine Sicht der realhistorischen Zusammenhänge entgegensetzen. Ich prüfe einmal, inwieweit die Gründung des Staates Israel tatsächlich mit der NS-Zeit und dem Holocaust zusammenhängt. Zum zweiten prüfe ich die Bedeutung der arabischen Kollaboration mit Hitler-Deutschland und des arabischen bzw. islamisierten Antisemitismus. Beide Prüfungen hängen spiegelbildlich miteinander

¹ Für eine Reihe sehr nützlicher Anregungen und Korrekturvorschläge zu einer früheren Fassung dieses Vortrages danke ich Michael Ingber und Egbert Jahn.

der zusammen. Die These von der arabischen Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Massenmord an den Juden ist eine gängige Antwort israelischer Nationalisten oder auch radikaler (Pro-)Zionisten außerhalb Israels auf die arabische oder iranische Klage, die Palästinenser seien Folgeopfer des nationalsozialistischen Rassenwahns geworden; statt der eigentlichen Täter seien *sie* für diese Verbrechen bestraft worden, und zwar mit der Vertreibung aus ihrer angestammten Heimat. Der Westen habe mit der Teilung Palästinas sein schlechtes Gewissen den Juden gegenüber zu Ungunsten der Araber entlastet.

2. Die Auswirkungen der Nazi-Zeit und des Holocaust auf den Nahost-Konflikt und die Gründung des Staates Israel

2.1 These 1: Die Staatsgründung als Ergebnis der nationalsozialistischen Verfolgung und des Holocaust

These 1 beruht auf der Annahme, über den Auswanderungsdruck auf die deutschen Juden in den 1930er Jahren und durch den Holocaust habe der Nationalsozialismus indirekt zur Zuspitzung des Nahost-Konflikts und zur Staatsgründung Israels beigetragen. Die These ist keineswegs abwegig, sie wird in der Forschung seriös diskutiert. So schreibt z. B. der große deutschstämmige amerikanische Historiker Fritz Stern in „Fünf Deutschland und ein Leben“:

Der Holocaust hatte den zionistischen Anspruch auf einen jüdischen Staat, auf Israel, moralisch unausweichlich und zu einer physischen Notwendigkeit gemacht, aber die Palästinenser, die 1948 ihre Heimat verloren, waren ebenfalls seine indirekten, nicht genügend anerkannten Opfer.

2.2 Einwanderung in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts

In der Tat galt die fünfte *Alijah* zwischen 1932 und 1939, unter der sich der Anteil der jüdischen Bevölkerung im britischen Mandatsgebiet Palästina von rund 18% auf etwa 30% erhöhte, den Zeitgenossen als deutsche Einwanderungswelle. Aber der Eindruck täuschte. Zwar war der Anteil deutscher Juden an der Einwanderung ab 1933 sprunghaft von 2,5 auf 25% gestiegen; doch auch in den dreißiger Jahren kam die große Mehrzahl der Immigranten, nämlich 75%, *nicht* aus Deutschland, sondern aus Polen und anderen osteuropäischen Ländern, also aus Staaten, die noch nicht zum Herrschaftsbereich des Nationalsozialismus gehörten. Noch 1936 meinte Chaim Weizmann, der Präsident der Zionistischen Weltorganisation, die „deutsche Frage“ sei ihrem Umfang nach „viel kleiner“ als die polnische (Freimark 1993, S. 62).

Nach dem Zweiten Weltkrieg gingen etwa ein Drittel der europäischen Juden, die den Holocaust und den Weltkrieg überlebt hatten, in die USA und etwa zwei Drittel nach Palästina. Unter diesen Einwanderern waren Tausende polnischer Juden, die 1941 vor der SS nach Zen-

tralasien geflohen waren oder aus dem sowjetischen *Gulag* entlassen wurden. Sie fanden in ihrer alten Heimat äußerst unwirtliche Verhältnisse vor: Familien waren nicht mehr auffindbar, Wohnungen und Häuser wurden von anderen „Besitzern“ in Anspruch genommen, ja Leib und Leben waren aufgrund antisemitischer Pogrome in Gefahr. Auch andere europäische Juden sahen sich genötigt, ihre Heimat zu verlassen. So führte z. B. in Rumänien die Einführung des kommunistischen Systems 1947 ebenfalls zu einer großen Flüchtlingswelle.

In der israelischen Holocaust-Forschung wird deshalb kontrovers diskutiert, inwieweit man die (illegale) Einwanderung in den ersten Nachkriegsjahren noch dem Holocaust zurechnen kann. Unumstritten ist dagegen, dass Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden die Entschlossenheit des *Jischuw* ebenso wie der Überlebenden, die jetzt hinzukamen, einen eigenen Staat zu gründen und ihn mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen, ganz entscheidend gefördert hat. Aber für das Projekt eines jüdischen Staates ergab sich aus den Massentötungen eine grausame Paradoxie: Was würde eine solche Zufluchtsstätte nützen, wenn es nicht mehr genug Juden gab, die noch Zuflucht suchen konnten? Man kann also auch die Gegenthese vertreten, der zufolge der Holocaust die Bildung einer dauerhaften jüdischen Heimstätte in Palästina eher behindert als beschleunigt hat. Israel sei nicht *wegen*, sondern *trotz* des Holocaust entstanden: „There were almost not enough Jews left to fight for a state“, schreibt Yehuda Bauer, einer der bekanntesten Holocaust-Forscher.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, dass die umfangreichste Einwanderung von Juden aus Europa und dann auch aus arabischen Ländern, ja aus aller Welt, erst *nach* der Staatsgründung und dem Krieg von 1948/49 erfolgte, und zwar wieder aus einer Reihe von Gründen, unter denen die NS-Zeit und der Holocaust nur einer von vielen waren.²

2.3 Der internationale Entscheidungsprozess und die Rolle der Großmächte

Die Vereinten Nationen

In welchem Maße das Votum der Vereinten Nationen von 1947 zugunsten einer Teilung Palästinas vom Holocaust beeinflusst wurde, ist ebenfalls bis heute kontrovers. Nach meiner Einschätzung der Literatur haben der Holocaust und die schwierige Situation der Überlebenden für die Entscheidung einer Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zweifellos eine Rolle gespielt, aber es sind auch eine Reihe anderer Faktoren in

² Die folgenden Daten unterstreichen die Bedeutung der späteren Einwanderung sehr eindrucksvoll: 1939 lebten 3 % aller Juden weltweit in Palästina, 1951 in Israel 12 %; im Jahre 2005 41 % (Mazower 2008, S. 600).

Rechnung zu stellen – darunter politischer oder wirtschaftlicher Druck von Seiten der USA oder Sympathien oder zumindest Respekt für den „antikolonialistischen Kampf“ des *Jischuw* gegen Großbritannien bei einigen Ländern der Dritten Welt.

Großbritannien

Das Vereinigte Königreich hat mit der Balfour-Erklärung von 1917 den Grundstein für den jüdischen Staat gelegt und bis 1939 die zionistische Seite in allen wichtigen Kontroversen im Mandatsgebiet unterstützt. Die Unterdrückung des palästinensischen Aufstands 1936-39 gewann dabei besondere Bedeutung. Je näher die Gefahr eines Krieges mit dem nationalsozialistischen Deutschland rückte, desto mehr bemühte sich das Vereinigte Königreich jedoch, die Interessen der Araber zu berücksichtigen. 1939 verfügte es strenge Begrenzungen für Landkauf und Einwanderung, und nach dem Ende des Krieges stellte es sich strikt gegen weitere jüdische Immigration in das Mandatsgebiet und versuchte, dieses Verbot diplomatisch und militärisch durchzusetzen (Stichwort: Exodus-Affäre). Großbritannien war jedoch zu schwach, um sein Empire auf neuer Grundlage einschließlich eines arabisch dominierten Gesamt-Palästina noch einmal zu stabilisieren. Vom Krieg politisch und wirtschaftlich erschöpft und unter dem Druck des jüdischen Terrors übergab es 1947 den Nahost-Konflikt an die Vereinten Nationen und zog sich schließlich ganz aus Palästina zurück. Bei der entscheidenden Abstimmung in der Generalversammlung enthielt es sich.

Die USA

Die USA waren, das ist aus heutiger Sicht erstaunlich, keineswegs durchgängig für einen jüdischen Staat. In der Truman-Administration gab es starken Widerstand dagegen, in erster Linie aus strategischen Überlegungen (das arabische Öl), aber auch wegen des Selbstbestimmungsprinzips, das durch den Teilungsplan verletzt wurde. Präsident Harry S. Truman hatte auch gesellschaftliche Faktoren zu berücksichtigen wie die jüdische Wählerschaft in Schlüsselstaaten der Union und breite Sympathien für das zionistische Anliegen, nicht zuletzt aufgrund des Holocaust. Truman, der von Hause aus weder besonders pro- noch antizionistisch eingestellt war, votierte am Ende für die Teilung Palästinas, und zwar gegen den Rat seiner Fachminister. Dafür war eine Mischung aus moralischen und pragmatischen innen- wie außenpolitischen Überlegungen maßgebend. Ein wichtiges Anliegen war es z. B., einen Platz für die Holocaust-Überlebenden in den amerikanischen Lagern in Europa für die *Displaced Persons*, die Entwurzelten, zu finden, die zu einem Teil nach Palästina gehen wollten und die der Kongress nicht bereit war, in den USA aufzunehmen.

Die Sowjetunion

Angesichts der vertrauten Ost-West-Konstellation des Kalten Krieges mit den USA an der Seite Israels und der Sowjetunion als Patron des arabischen Nationalismus ist die herausragende Bedeutung der UdSSR für die Entstehung des Staates Israel heute nur noch wenig bekannt. Die Sowjetunion hat sich zur Überraschung aller Beteiligten in den Beratungen der UNO 1947 nicht nur entschieden zugunsten eines jüdischen Staates ausgesprochen, sie hat die Gründung Israels auch diplomatisch und indirekt sogar militärisch unterstützt. Die Lieferungen leichter und schwerer Waffen aus der Tschechoslowakei, die noch vor der Machtübernahme der Kommunisten begannen und nach dem Prager Putsch von 1948 fortgesetzt wurden, waren sehr wahrscheinlich kriegsentscheidend.

Nun hat die sowjetische Diplomatie in der UNO ausdrücklich auf den Holocaust als Legitimation für einen jüdischen Staat verwiesen. Gegen diese Begründung spricht aber, dass sich die UdSSR dem Schicksal der Juden gegenüber ansonsten eher opportunistisch verhalten und in ihrem eigenen Herrschaftsbereich eine häufig antizionistische, vielfach auch judenfeindliche Politik betrieben hat. Das überragende Motiv für die sowjetische Nahost-Politik in den ersten Nachkriegsjahren war ein realpolitisches: Durch den Kampf des *Jischuw* gegen die araberfreundliche Endphase der britischen Mandatspolitik war der Zionismus für die UdSSR von einem Instrument *des* Imperialismus zu einem Instrument *gegen* den Imperialismus geworden. Dabei spielte sicher eine Zeitlang die (Fehl-)Wahrnehmung einer ideologischen Nähe zwischen Zionismus und sowjetischem Sozialismus eine gewisse Rolle. Für diese Interpretation spricht auch die weitere Entwicklung, denn das Klima zwischen Israel und der Sowjetunion verschlechterte sich im Zuge der Eskalation des Kalten Krieges sehr bald. Mit Waffenlieferungen an Ägypten und an Syrien vollzog die Sowjetunion schließlich Mitte der 1950er Jahre endgültig den neuen realpolitischen Schwenk auf die arabische Seite.

3. Das nationalsozialistische Deutschland, die Araber und der Nahost-Konflikt

3.1 These 2: Der Nahost-Konflikt als Produkt der Kollaboration zwischen Nazi-Deutschland und den Arabern

Die zweite These lautet, der zentrale Grund für den Nahost-Konflikt sei immer schon der arabische Antisemitismus gewesen, gegen den sich die Juden von Anfang an hätten verteidigen müssen. Einige Autoren behaupten sogar, ohne den von den Nazis unterstützten arabischen Extremismus wäre eine friedliche Regelung des Konflikts zwischen den Einwanderern und der ortsansässigen Mehrheit möglich gewesen.

3.2 Arabische Kollaboration und arabisch-islamischer Antisemitismus

Zweifellos versuchte das nationalsozialistische Deutschland mit Beginn des Zweiten Weltkrieges, sich durch Kooperationsangebote den arabischen Nationalismus zunutze zu machen. Diesen Bemühungen standen freilich einige Hindernisse entgegen: einmal der Kolonialismus Vichy-Frankreichs, das bis zur Landung angelsächsischer Truppen in Nordafrika 1942 bzw. bis zur Befreiung 1944 mit Deutschland verbunden war; zum zweiten die kolonialistischen Ambitionen des faschistischen Italien und drittens der Herrenrassismus der Nazis, der ja die Araber nicht aussparte. Gleichwohl stieß Hitler-Deutschland im arabischen bzw. islamischen Raum durchaus auf Sympathien, und zwar vor allem in Ländern, die noch britisch kontrolliert waren. Dabei gilt es allerdings zwischen opportunistischen Kalkülen, realpolitischer Interessenübereinstimmung und ideologischer Kollaborationsbereitschaft zu differenzieren.

Die aus meiner Sicht beste Untersuchung unterscheidet zwischen vier Hauptströmungen in den arabischen Ländern, die unterschiedlich auf den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg reagierten (Achcar 2010): (1) die westlich orientierten Liberalisierer, die trotz des europäischen Kolonialismus auf der Seite der Alliierten blieben; (2) die Marxisten, die sich an der sowjetischen Haltung orientierten, aber durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939 und später durch die kurzfristige sowjetische Unterstützung des *Jischuw* bzw. Israels zumindest phasenweise in Legitimationsnöte gerieten; (3) die Nationalisten und (4) die fundamentalistischen Pan-Islamisten, die beiden Gruppierungen mit dem größten Anhang. Unter den nationalistischen Gruppierungen gab es in mehreren arabischen Ländern faschistische Bewegungen, die aber insgesamt keine entscheidende Rolle spielten und auch nicht alle antisemitisch waren (Achcar, S. 65-94). Faschistische Tendenzen gab es übrigens auch im *Jischuw*, wo sich Teile der revisionistischen Zionisten am italienischen Vorbild orientierten.

Viel wichtiger waren die nicht-faschistischen Nationalisten, von denen sich einige von Deutschland Hilfe im Kampf gegen den britischen Kolonialismus und die zionistische Landnahme erhofften. Die stärkste ideologische Affinität ergab sich freilich bei den fundamentalistischen Pan-Islamisten, und zwar wegen der partiellen Übereinstimmung zwischen ihrem religiös begründeten Antijudaismus und dem rassistischen Antisemitismus der Nazis. Durch die zionistische Landnahme und den sich daraus entwickelnden Nahost-Konflikt wurde dieser pan-islamistische Antijudaismus, der sich politisch zuerst in den 1920er Jahren artikulierte, offen für den zunächst von Christen vermittelten europäischen Antisemitismus und dann auch für die nationalsozialistische Judenfeindschaft. Daraus folgte nicht zwingend ein Bündnis mit

Hitler-Deutschland, wie das Beispiel Saudi-Arabiens zeigt. Dessen König Abdul Aziz, ein entschiedener Judenfeind, zählt zwar zu den Begründern des reaktionären Islamismus, aber die Verbindung mit Deutschland blieb ein kurzer Flirt. Das machtpolitische Kalkül sprach für die Beibehaltung des Bündnisses mit Großbritannien bzw. den USA.

Der arabisch/islamische Kollaborateur *par excellence* mit dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien war ein anderer Begründer des fundamentalistischen Pan-Islamismus, nämlich Muhammad Amin al-Husseini, palästinensischer Nationalist und zugleich rabiater muslimischer Antijudaist und Antisemit. Als Mufti von Jerusalem war al-Husseini ein führender Repräsentant der islamischen Welt, als Vorsitzender des Obersten Arabischen Komitees zugleich eine Art Sprecher der palästinensischen Araber, bis er sich 1937 der britischen Verhaftung durch Flucht entzog. Amin al-Husseini hat die Nähe zu den faschistischen Mächten zunächst aus ideologischen Gründen gesucht und schlug sich dann, nach dem ersten britischen Teilungsplan für Palästina, auch bündnispolitisch auf die Seite Deutschlands, mit dem er bis zum Ende des Krieges eng zusammenarbeitete. So hat er sich, in Berlin residierend und vom nationalsozialistischen Deutschland ausgehalten, auch mit Heinrich Himmler gemein gemacht und sich an der Aufstellung muslimischer Divisionen der Waffen-SS auf dem Balkan beteiligt. Seine propagandistischen Reden lassen an seiner Haltung nicht den geringsten Zweifel. Ich zitiere ausführlich aus seiner arabischen Rundfunkansprache vom 2. Nov. 1943, dem 26. Jahrestag der Balfour-Erklärung (Höpp 2004, S. 192-197:

(Die Juden) leben wie Schmarotzer unter den Völkern, saugen ihr Blut aus, unterschlagen ihre Güter, verderben ihre Sitten, verlangen aber trotzdem die Rechte der einheimischen Bewohner. (...) Dieses Volk, welches die Welt seit alters her geplagt hat, ist der Feind der Araber und des Islams seit dessen Bestehen. (...) Den Arabern im Besonderen und den Mohammedanern im Allgemeinen obliegt es, sich ein Ziel vorzunehmen, von dem sie nicht abweichen und das sie mit allen ihren Kräften erlangen müssen. Es ist die Vertreibung aller Juden aus allen arabischen und mohammedanischen Ländern. Dies ist das einzige Heilmittel, und es ist das, was der Prophet vor 13 Jahrhunderten getan hat. (...)
 Deutschland kämpft auch gegen den gemeinsamen Feind (...) Es hat die Juden genau erkannt und sich entschlossen, für die jüdische Gefahr eine endgültige Lösung [sic] zu finden, die ihr Unheil in der Welt belegen wird. (...) Unsere Freundschaft mit Deutschland ist keine Gelegenheitsfreundschaft, die auf gegenwärtigen Umständen beruht, sondern ist das Resultat der gemeinsamen Interessen beider Nationen und ihrer einheitlichen Haltung gegenüber einem gemeinsamen Feind in einem Kampfe.

Auch über al-Husseini hinaus spielte und spielt Judenhass im arabischen Nationalismus wie im politisierten islamischen Fundamentalismus eine nicht unerhebliche, aber in Größenordnung und Relevanz kontrovers diskutierte Rolle. Spätestens nach der Gründung Israels wurde der Antisemitismus zu einem Kampfmittel panarabischer Gruppierungen. In den 1950er Jahren fanden antisemitische Dokumente aus Europa wie die *Protokolle der Weisen von Zion* zum ersten Mal Massenverbreitung in der arabischen Welt. Seit etwa Mitte der 1980er Jahre

liegt auch eine aktualisierte antisemitische Programmatik des Islamismus vor, die an Vorläufer aus den 1920er und 1930er Jahren anknüpft. In der Satzung der Hamas von 1988 z. B. werden die Juden als Nazis beschimpft, gleichzeitig artikuliert der Text in kaum zu überbietender Radikalität bekannte antisemitische Klischees, auch wenn es in der politischen Alltagspraxis gelegentlich moderatere Töne gibt. Die libanesische Hisbollah äußert sich ebenfalls vielfach sehr radikal zu Israel und den Juden. Seit dem Scheitern des Friedensprozesses stoßen antisemitische oder zumindest sekundäranisemitische Auffassungen, also etwa die Verharmlosung oder Leugnung des Holocaust, im ganzen arabisch/islamischen Raum vermehrt auf Zuspruch, wie z. B. die breite positive Resonanz auf das antisemitische Traktat des französischen Konvertiten Roger Garaudy zeigt (Achcar, S. 256-263).

Die antisemitische Programmatik im Nahen und Mittleren Osten und darüber hinaus im Islam insgesamt trägt typische Züge moderner jüdenfeindlicher Ideologie: Die Juden (bzw. der von Juden dominierte amerikanische Weltherrschaftsapparat) gelten als Drahtzieher, die überall in der Geschichte die Kriegs- und Revolutionsfäden in der Hand hielten und die Schuld am Niedergang der islamischen Welt trügen; und sie werden zum Sündenbock für die Modernisierung gemacht, zu den großen Zerstörern und „Zersetzern“ der überlieferten, grandios idealisierten arabisch-islamischen Gemeinschaft und ihrer heiligen Werte.

3.3 Einschränkungen und Problematisierungen

Zusammenfassend kann man argumentieren, dass sich Teile der Eliten und der Bevölkerung in den arabisch bzw. islamisch geprägten Ländern im Zuge der Entwicklung des Kampfes gegen den Zionismus bzw. Israel zunehmend auch des von Europa kommenden Antisemitismus bedienen, ihn auch mit religiös begründeten antijüdischen Tendenzen verbinden. Im Zusammenhang mit der arabisch-islamischen Modernisierungskrise und dem Aufschwung des politischen Islam seit den siebziger Jahren gewinnt der islamisierte Antisemitismus auch wieder Funktionen, die über den Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt hinausgehen (Zimmermann 2005, Webmann 2005). Daraus pauschal eine Nähe zum Nationalsozialismus zu machen, wie das in einem großen Teil der rechtskonservativen (pro)zionistischen Literatur üblich geworden ist, erscheint mir gleichwohl unangebracht. Dazu waren und sind die Einstellungen und die Reaktionen in der arabischen Welt auf das NS-Regime, auf den europäischen Antisemitismus und auf den Holocaust zu heterogen und zu differenziert (Achcar 2010). Insgesamt gab es während des Krieges im arabischen Raum wenig Widerstand gegen die Alliierten.

ten, und es haben deutlich mehr arabische Muslime auf der Seite der westlichen Demokratien gekämpft als in militärischen Organisationen Nazi-Deutschlands.³

In Palästina waren die Grenzen zwischen antizionistischer und antijüdischer Agitation fließend, eine durchgängige ideologische Nähe der Eliten und der Bevölkerung zur Programmatik Nazi-Deutschlands lässt sich jedoch m. E. nicht nachweisen. In einem Bericht des SD, dem Nachrichtendienst Nazi-Deutschlands, von 1937 heißt es, die arabische Bevölkerung bringe nicht das notwendige Verständnis für die nationalsozialistische Bewegung auf. Die Gegnerschaft gegen die Juden in Palästina beruhe nicht auf Rassenhass, sondern sei dort eine „soziale Frage“, die sich um den Besitz oder Nicht-Besitz des Bodens drehe; eine „Judenfrage im nationalsozialistischen Sinne“ bestehe in Palästina nicht.

Für die Bewertung der arabischen Politik in Palästina empfehlen sich auch vergleichende Überlegungen. Schließlich gab es im ganzen arabischen Raum Widerstand gegen die europäische Kolonialisierung, und zwar längst bevor die Nazis an der Macht waren, wie sich überhaupt weltgeschichtlich die Einheimischen regelmäßig nicht nur gegen Fremdherrschaft und Unterwerfung, sondern auch gegen Siedlungskolonialismus zur Wehr gesetzt haben. Hier liegt in der Tat eine entscheidende Differenz: Der europäische Antisemitismus war (und ist) rein wahnhaft; in Europa waren die Juden als Kollektiv für niemanden eine Bedrohung, von ihnen ging als Gruppe keine eigenständige physische Gewalt aus. In Europa waren die Juden fast überall Opfer. Auch der arabisch/islamische Antisemitismus ist wahnhaft, aber er war von Anfang an mit einem realen politischen Gruppenkonflikt assoziiert oder assoziierbar, in dem *beide Seiten* organisierte Gewalt anwenden. Der Zusammenhang mit diesem realen Konflikt zeigt sich auch in Israel, wo die Araber bis heute äußerst negativ stereotypisiert (Bar Tal 2008) und vielfach pauschal mit den Nazis gleichgesetzt werden; keine andere Gruppe, die ganz oder partiell mit dem Nationalsozialismus kollaboriert hat, und das waren auch in Europa nicht wenige, wird in der Literatur so auf diese Rolle festgelegt wie die Araber in Palästina (Flores 2008, Achcar 2010). Außerdem wird in Israel die *Nakba*, die palästinensische Katastrophe, bis heute weitläufig verleugnet, und von der aktuellen Unterdrückung der Palästinenser will der allergrößte Teil der jüdischen Bevölkerung nichts hören; was sich in den besetzten Gebieten ereignet, ist zu einer Art Tabu geworden (Zuckermann, S. 180).

³ Alle Welt redet vom Mufti von Jerusalem, aber kaum jemand erwähnt den König von Marokko: Mohammed V. verhinderte die Deportation marokkanischer Juden in deutsche Konzentrationslager und stellte sich 1940 gegen einen Erlass Vichy-Frankreichs, der das Tragen des Gelben Sterns für jüdische Marokkaner vorsah.

Für eine differenzierte Einschätzung des Verhältnisses zwischen Nazi-Deutschland und den Arabern spricht auch eine Betrachtung der arabischen Diplomatie, die verschiedentlich Zustimmung zu einem hohen Anteil jüdischer Bürger mit gleichen Rechten signalisiert hat. So haben die arabischen Staaten in den Beratungen der Vereinten Nationen 1946-47 seriöse Vorschläge für ein arabisches Gesamtpalästina mit Vetomöglichkeiten für die jüdische Minderheit gemacht. Außerdem haben sie eine faire Lösung für eine internationale Verteilung der heimatlosen Holocaust-Überlebenden angeboten (Achcar, S. 48-50).

4. Erweiterung der historischen Perspektive

4.1 Die zionistische Programmatik und der Nahost-Konflikt

In jeder Debatte über die Ursprünge des Nahost-Konflikts müssen auch Voraussetzungen diskutiert werden, ohne die das zionistische Projekt nicht ernsthaft in Gang gekommen wäre. An erster Stelle sind hier der europäische Nationalismus und Antisemitismus zu nennen, aber auch Kolonialismus und Imperialismus. Das Projekt einer jüdischen Besiedlung Palästinas mit dem Ziel eines eigenen Nationalstaats als Antwort auf fast chronische Diskriminierung und Gewalt gegenüber den europäischen Juden ließ sich nur (1) gegen Verheißungen von Selbstbestimmung für die Araber, (2) mit politischer, wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung von außen und (3) am Ende durch gewaltsame Majorisierung realisieren. Einen binationalen Staat wollten, von Minderheiten abgesehen, weder Juden noch Araber; einen jüdisch dominierten Staat aber würden die allermeisten Araber nicht freiwillig akzeptieren.

Kein Geringerer als Wladimir Jabotinsky, der Präsident der Revisionisten (in etwa die Vorläufer des Likud), hatte schon Anfang der zwanziger Jahre offen ausgesprochen, dass die Zielsetzungen der beiden Nationalbewegungen unvereinbar waren (Jabotinsky 1923/1937, S. 1):

(...) it is utterly impossible to obtain the voluntary consent of the Palestine Arabs for converting "Palestine" from an Arab country into a country with a Jewish majority. (...) I suggest that (my readers) consider (...) whether there is one solitary instance of any colonisation being carried on with the consent of the native population. There is no such precedent. The native populations, civilised or uncivilised, have always stubbornly resisted the colonists (...).

Auch für die zionistische Mehrheit um David Ben-Gurion wurden die einheimischen Araber zum Problem, schon im Zuge der Auseinandersetzungen in der Mandatszeit und dann vor allem im Krieg 1947/48. Und auch er schätzte ihren Widerstand viel realistischer ein als viele spätere Interpreten des Nahost-Konflikts. So erklärte er 1938, in der Zeit des arabischen Aufstands: „Das ist aktiver Widerstand der Palästinenser gegen das, was sie als Usurpation ihrer Heimat durch die Juden ansehen – deshalb kämpfen sie (Bunzl 2008, S. 24).“

Der Zionismus ist eine Siedlungsbewegung, die kein eigenes Mutterland mehr hatte.⁴ Das historische Mutterland der Juden musste erst wiederhergestellt bzw. neu angeeignet werden. Ohne den europäischen Imperialismus hätte diese Siedlungsbewegung trotz ihrer unbezweifelbaren Pionierleistungen nicht die entscheidenden Voraussetzungen für die spätere Staatsgründung schaffen können. Bei einer wirksamen Mitbestimmung der Araber wäre das Unternehmen eines jüdischen Staates von Anfang an aussichtslos gewesen. Die Problematik war der westlichen Diplomatie im Prinzip durchaus bewusst. Die King-Crane Kommission, die der amerikanische Präsident Woodrow Wilson einberufen hatte, schrieb in ihrem Bericht vom 28. August 1919, die Balfour-Erklärung sei bei genauer Auslegung mit der Zielsetzung der Zionisten, Palästina in einen jüdischen Staat umzuwandeln, nicht vereinbar. Neun Zehntel der Gesamtbevölkerung Palästinas mit einer unbegrenzten jüdischen Einwanderung zu konfrontieren, bedeute nicht nur eine massive Verletzung ihrer bürgerlichen und religiösen Rechte, die die Balfour-Erklärung ausdrücklich anerkenne, sondern auch der Prinzipien, die der amerikanische Präsident am 4. Juli 1918 verkündet habe.

In diesem ganzen Komplex sehe ich *gegenüber den Palästinensern* die entscheidende historische Verantwortung des „Westens“, der seine Unfähigkeit zu einer friedlichen und dauerhaften Integration seiner jüdischen Mitbürger an den „Süden“, d. h. hier an den Orient delegiert hat. Dabei wurde den Arabern die Mitwirkung verweigert, entgegen völkerrechtlichen Verpflichtungen und wiederholten politischen Zusagen. Der Ursprung des Nahost-Konflikts liegt nicht in der Region, er wurde ihr von Europa aufgezwungen (Flores 2009).

4.2 Der Nahost-Konflikt in der Summer der historischen Verantwortung

Wie viele moderne Nationen wurde auch Israel in gewaltsamen Auseinandersetzungen geboren: aus dem „Bürger“-Krieg zwischen Juden und Arabern in Palästina und dann aus der erfolgreichen Verteidigung gegen den Angriff mehrerer, wenn auch schwacher arabischer Armeen. Als Ergebnis verloren Hunderttausende palästinensischer Araber durch Flucht und durch „ethnische Säuberungen“, die mit zahlreichen Massakern verbunden waren, ihre Heimat (Morris 2008). Das Ungewöhnliche an diesem Krieg war aber nicht, dass eine verfolgte Gruppe nun woanders eine andere vertrieb, sondern war das Ausmaß der Verfolgung und Vernichtung, das sie selbst in ihren verschiedenen Heimaten erfahren hatte.

⁴ Nach dem Baseler Kongress beschlossen die Wiener Rabbis, eine Delegation nach Palästina zu schicken, um die alte jüdische Heimat in Augenschein zu nehmen und Theodor Herzls Idee eines jüdischen Staates zu prüfen. Ergebnis dieser „fact-finding“ Mission war ein Kabel nach Wien, in dem es hieß, die Braut sei wunderschön, aber mit einem anderen Mann verheiratet; d.h. sie war vergeben.

Für den Nahost-Konflikt tragen also viele Länder und Völker Mitverantwortung. Hätte Europa die Emanzipationsversprechen der Aufklärung eingelöst, dann wäre der Zionismus die Position einer kleinen Minderheit unter den Juden geblieben. Ohne den europäischen Antisemitismus, die Pogrome im zaristischen Russland und die Anfeindungen gegenüber den Juden vor allem in Frankreich, Deutschland und Österreich-Ungarn hätte es die zionistischen Gründungsschriften nicht gegeben. Ohne den polnischen Auswanderungsdruck in den 1920er und 1930er Jahren und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wäre die Einwanderung polnischer Juden in Palästina deutlich geringer ausgefallen. Ohne Nazi-Deutschland und die *Shoah* hätten sich die amerikanischen Juden nicht nahezu einmütig hinter den Zionismus gestellt und ihn nach Kräften politisch und wirtschaftlich unterstützt, hätten führende Politiker der USA und große Teile der politisch relevanten Weltöffentlichkeit die Gründung Israels nicht als eine moralische Notwendigkeit angesehen. Wäre die Staatengemeinschaft offener für die Einwanderung von Juden gewesen, die durch Deutschland und andere europäische Länder verfolgt und bedroht wurden, dann wären gewiss viel weniger nach Palästina gegangen.

Es gäbe kein Israel ohne den britischen Imperialismus und ohne die Balfour-Erklärung, ein Produkt des Ersten Weltkrieges und der europäischen Großmachtkonkurrenz. Und schließlich ist, „last but not least“, die arabische Seite zu erwähnen, die schon sehr früh nicht mehr in Anspruch nehmen konnte, sich nur gegen die Verdrängung einer ihrer Nationen bzw. Nationalbewegungen verteidigt zu haben. Schon während der Mandatszeit gab es in mehreren arabischen Ländern einzelne antijüdische Pogrome, und in der Folge des ersten israelisch-arabischen Krieges, des Suez-Krieges und des Sechs-Tage-Krieges kam es zu Auswanderungsdruck bis hin zur Vertreibung und Enteignung jüdischer Bürgerinnen und Bürger aus arabischen Ländern in der Größenordnung von mehreren Hunderttausend – eine Vertreibung, die in der arabischen Diskussion fast völlig ignoriert wird (zum Irak beispielhaft Mendes 2002).

5. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

5.1 Wissenschaftliche Ergebnisse

Meine Analyse hat eine Reihe von Zusammenhängen zwischen NS-Zeit, Holocaust und Nahost-Konflikt erbracht; allerdings sind diese Zusammenhänge keineswegs eindeutig:

- Die Einwanderung deutscher Juden nach Palästina aufgrund des Auswanderungs- und Verfolgungsdrucks des NS-Regimes in den 1930er Jahren hat zu einer bedeutsamen Veränderung in der demographischen Relation zwischen Juden und Arabern in Palästina beigetragen. Aber

sie war nur ein Faktor unter mehreren; tatsächlich kam die große Mehrheit der Einwanderer auch in dieser Zeit nicht aus Deutschland oder Österreich.

- Im ersten israelisch-arabischen Krieg haben Holocaust-Überlebende eine wichtige Rolle gespielt. Zu diesen Überlebenden gehörten auch viele Juden, die vor der deutschen Armee und dem Mordapparat der SS in die Sowjetunion geflohen waren, aber nicht mehr in ihre ursprüngliche Heimat in Osteuropa zurückkehren bzw. dort nicht mehr bleiben wollten oder konnten; nicht nur wegen der Folgen der NS-Herrschaft, sondern auch aufgrund traditionellen Antisemitismus und der kommunistischen Machtübernahme.

- Für den Entscheidungsprozess der UNO bei der Teilung Palästinas und damit für einen jüdischen Staat waren der Holocaust und die Lage der Überlebenden relevante Faktoren, aber es gab eine Reihe anderer politischer Überlegungen, die dazu beigetragen haben. Von herausragender Bedeutung war das eher zufällige Zusammenwirken der beiden neuen Supermächte USA und UdSSR. In den USA spielte die gesellschaftliche Befürwortung eines jüdischen Staates eine zentrale Rolle, und der Holocaust war ein wichtiger Grund dafür. Noch wichtiger jedoch war die überraschende Unterstützung der Sowjetunion für den *Jischuw* bzw. für Israel in der Endphase des Mandats bzw. im so genannten Unabhängigkeitskrieg. Das zentrale Motiv für diese Unterstützung war eine kurzfristige realpolitische Interessenübereinstimmung mit dem Zionismus.

- Den begünstigenden Faktoren steht gegenüber, dass der millionenfache Mord an den osteuropäischen Juden den Zionismus seiner größten potenziellen Basis und Stütze beraubt hat. Für die Überlebenden haben Nazi-Zeit und Holocaust freilich die existenzielle Bedeutung einer „Heimstätte“ in Palästina dramatisch verstärkt.

- Zu den Schatten der Vergangenheit über dem Nahost-Konflikt gehört auch der Versuch Hitler-Deutschlands, die NS-Ideologie in arabisch und islamisch geprägten Ländern zu verbreiten; auf arabischer Seite eine realpolitische oder ideologische Affinität bei einigen führenden Persönlichkeiten und einem Teil der Bevölkerung zu Nazi-Deutschland, die teilweise zu politischer Kollaboration und ansatzweise sogar militärischer Kooperation geführt hat. In dieser Verbindung liegt jedoch keine zentrale Ursache für die Eskalation des Konflikts zwischen Juden und Arabern.

- Die Grundkonstellation des Nahost-Konflikts ist älter als NS-Zeit, Holocaust und partielle arabische Kollaboration. Der Nahost-Konflikt begann als ein quasi-kolonialer Siedlungskonflikt besonderer Prägung, was er heute zum Teil noch ist; sein Ursprung liegt im europäischen Nationalismus, Antisemitismus, Kolonialismus und Imperialismus.

5.2 Politische Schlussfolgerungen

- Wem an der Beachtung der Menschen- und Bürgerrechte nicht nur der Juden, sondern auch der Palästinenser liegt, der braucht zur Begründung nicht auf die Nazi-Zeit oder den Holocaust zu verweisen. Das führt in diesem Konflikt, in dem der Holocaust zur historischen Erfahrung der jüdischen und nur der jüdischen Seite gehört, leicht zu Manipulationsverdacht. Wenn man mit historischer Verantwortung seriös argumentieren will, dann bleibt zunächst die primäre und insofern singuläre Schuld Deutschlands für die *Shoah* festzuhalten. Mit dieser Schuld für alle Zeiten verbindet sich nach meiner Einschätzung die doppelte Verpflichtung, der Ermordeten zu gedenken und dieses Gedenken aus den politischen und propagandistischen Tageskämpfen um den Nahost-Konflikt herauszuhalten, zugleich entschieden gegen jede Form von Rassismus anzugehen. Oder mit den Worten von Fritz Bauer, einem der wirklich großen Deutschen des 20. Jahrhunderts: „Bewältigung unserer Vergangenheit heißt Gerichtstag halten über uns selbst, Gerichtstag über die gefährlichen Faktoren in unserer Geschichte, nicht zuletzt alles, was hier inhuman war, woraus sich zugleich ein Bekenntnis zu wahrhaft menschlichen Werten in Vergangenheit und Gegenwart ergibt (Wojak, S. 358).“

- Die Beziehungen zwischen der NS-Zeit, dem Holocaust und dem Nahost-Konflikt dagegen sind widersprüchlicher, als es auf den ersten Blick erscheinen mag; damit auch die Verteilung der historischen Verantwortung. Die Einbettung dieses Konflikts in die Weltgeschichte und ihren Siedlungskolonialismus, in diesem Fall durch eine selbst bedrängte und verfolgte Gruppe, verweist auf eine Weitergabe europäischer Probleme an den „Süden“.

- Aber die Verantwortung liegt nicht allein bei Europa und beim Zionismus. Mögliche Anforderungen an Kompensationen für das Schicksal der Palästinenser aufgrund der genannten Zusammenhänge sind in Bezug zu setzen zur historischen arabisch-palästinensischen Mitverantwortung für den Konflikt. Das gilt einmal für den radikalen Antisemitismus des Mufti von Jerusalem und seine Kollaboration mit den Nazis; es gilt zum zweiten für Auswanderungsdruck und Vertreibung jüdischer Bürgerinnen und Bürger aus arabischen oder anderen islamisch geprägten Ländern seit dem ersten israelisch-arabischen Krieg.

- Davon abgesehen erweist sich der mögliche Konflikt zwischen den verschiedenen historischen Verantwortungen Deutschlands als weniger dramatisch als erwartet. Die Bundesrepublik kann für einen historischen Kompromiss werben, der ausdrücklich ihre moralischen Verpflichtungen als Nachfolgestaat des Dritten Reiches, als Teil Europas und Teil des Westens aus unterschiedlichen Kontexten für das Leben und das Wohlergehen *beider Seiten* bejaht; das heißt, sie kann und sollte sowohl pro-israelisch als auch pro-palästinensisch sein. Daraus folgt aber auch, dass sie zu Verhaltensweisen *beider Seiten* deutlich auf Distanz geht, die diesem Kompromiss, über dessen Grundzüge sich alle Menschen guten Willens einig sind, offensichtlich entgegenstehen. Israel findet kein Ende im Siedlungskolonialismus und den damit verbundenen dramatischen Menschenrechtsverletzungen (Krell 2010). Teile der Palästinenser und anderer mit dem Nahost-Konflikt verbundener arabischer oder islamischer Gruppierungen, insbesondere die gegenwärtige iranische Führung, verweigern Israel weiterhin die Anerkennung und halten zumindest rhetorisch an der Befreiung ganz Palästinas fest.

- Zugleich sollte Deutschland im Rahmen Europas alle Tendenzen unterstützen, die dem Wechselspiel der Verweigerung einen Prozess der Mäßigung und der wechselseitigen Anerkennung entgegenstellen. Ungeachtet der historischen Erblast der Katastrophe von 1947-1949 und der aktuellen Besatzungserfahrung bleibt den Palästinensern immer noch die Wahl zwischen dem (selbst)zerstörerischen Mythos vom „bewaffneten Kampf“ und einer konsequent gewaltfreien Strategie des Widerstands.

- Auf der anderen Seite eignet sich der Verweis auf die traumatischen Erfahrungen der *Shoah*, auf die Terroranschläge im israelischen Kernland und auf den Beschuss mit Granaten und Raketen keineswegs als Rechtfertigung für eine Fortsetzung des Siedlungsbaus und eine weitere Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung. Israel hätte trotz alledem die Möglichkeit, sich grundsätzlich für ein Ende der Besatzung und einen Rückzug aus der Westbank zu entscheiden. Der überfällige erste Schritt auf diesem Weg müsste sein, dass die Regierung endlich den Siedlungsprozess stoppt, in den besetzten Gebieten für rechtsstaatliche Verhältnisse sorgt, der Gewalt der Siedler und der Armee wirksam Einhalt gebietet und das Embargo gegenüber Gaza weiter lockert.

Zusätzliche Quellen- und Literaturverweise, die nicht in dem oben genannten HSFK-Report enthalten sind:

- Gilbert Achcar, *The Arabs and the Holocaust: The Arab-Israeli War of Narratives*, New York 2010
- Daniel Bar-Tal, *Das Bild der Araber in der israelisch-jüdischen Gesellschaft*, in: Bunzl/Senfft 2008, S. 195-227
- Esther Benbassa, *Suffering as Identity: The Jewish Paradigm*, London-New York 2010
- John Bunzl, *Israel im Nahen Osten: Eine Einführung*, Wien-Köln-Weimar 2008
- Ders./Alexandra Senfft (Hrsg.), *Zwischen Antisemitismus und Islamophobie: Vorurteile und Projektionen in Europa und Nahost*, Hamburg 2008
- Avraham Burg, *Hitler Besiegen: Warum Israel sich endlich vom Holocaust lösen muss*, Frankfurt am Main-New York 2009
- Alexander Flores, *Arabischer Antisemitismus in westlicher Perspektive*, in: Bunzl/Senfft 2008, S. 145-159
- Ders., *Der Palästina-Konflikt: Wissen was stimmt*, Freiburg-Basel-Wien 2009
- Peter Freimark, *Zum Selbstverständnis jüdischer Nationalität und Staatlichkeit in Palästina*, in: Helmut Mejcher et al. (Hrsg.), *Die Palästina-Frage 1917-1948: Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts*, Paderborn 1993, S. 49-74
- Evyatar Friesel, *On the Myth of the Connection Between the Holocaust and the Creation of Israel*, in: *Israel Affairs*, 14:3 (2008), S. 446-466
- Gerhard Höpp (Hrsg.), *Mufti-Papiere: Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil, 1940-1945*, 2. Aufl., Berlin 2004
- Wladimir Jabotinsky, *The Iron Wall* (zuerst 1923, englisch zuerst 1937 erschienen)
www.transatlantikblog.de/jabotinsky-iron-wall (15. März 2010)
- Gert Krell, Dokumentation zur Menschenrechtslage in den von Israel besetzten Gebieten,
 MS vom 26. Januar 2010, 44. S.
- Jürgen Leibold/Steffen Kühnel, *Einigkeit in der Schuldabwehr: Die Entwicklung antisemitischer Einstellungen in Deutschland nach 1989*, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände, Folge 7*, Frankfurt am Main 2009, S. 131-151
- Mark Mazower, *Hitler's Empire: How the Nazis Ruled Europe*, New York-Toronto-London 2008
- Philip Mendes, *The Forgotten Refugees: The Causes of the Post-1948 Jewish Exodus from Arab Countries*,
www.palestineremembered.com/Article/General/Story2127.html (22. März 2011)
- Benny Morris, *1948: The First Arab-Israeli War*, New Haven- London 2008
- Ahmad H. Sa'di/Lila Abu-Lughod (Hrsg.), *Nakba: Palestine, 1948, and the Claims of Memory*, New York 2007
- Esther Webmann, *Anti-Zionism, Anti-Semitism and Criticism of Israel – The Arab Perspective*, in: Zimmermann 2005, S. 306-329
- Irmtrud Wojak, *Fritz Bauer 1903-1968: Eine Biographie*, München 2009
- Moshe Zimmermann (Hrsg.), *Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik*, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII, 2. Aufl., Göttingen 2005
- Ders., *Mohammed als Vorbote der NS-Judenpolitik? – Zur wechselseitigen Instrumentalisierung von Antisemitismus und Antizionismus*, in: Zimmermann 2005, S. 290-305

Einige zentrale Begriffe und historische Daten

Begriffe:

Alijah, Einwanderungswelle (wörtlich: Aufstieg)

Jischuw, die jüdische Gemeinschaft im vorstaatlichen Palästina (wörtlich: Siedlung, Niederlassung)

Daten (und Begriffe):

1888-1903 erste zionistische Einwanderungswelle nach Palästina

2. November 1917 Balfour-Erklärung

In einem Schreiben an Lord Rothschild erklärt der britische Außenminister, Lord Arthur Balfour, dass die britische Regierung die Etablierung, in Palästina, einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“ mit Wohlwollen betrachte und mit Nachdruck fördern wolle.

24. Juli 1922

Der Völkerbundsrat überträgt das Mandat (eine Art Treuhänderschaft) über Palästina, das früher zum Osmanischen Reich gehörte, an Großbritannien, einschließlich der Verantwortung für die Umsetzung der Balfour-Erklärung.

1932-1938 fünfte *Alijah*

1936-1939 arabischer Aufstand in Palästina gegen britische Mandatspolitik und jüdische Einwanderung; von Großbritannien vollständig niedergeschlagen

1947 *Exodus*-Affäre

Die britische Marine brachte am 19. Juli die *Exodus*, ein mit jüdischen Flüchtlingen voll beladenes Schiff, vor Palästina auf und schließlich in die britische Zone in Deutschland zurück, was international allgemein als Skandal angesehen wurde.

29. November 1947 UN-Resolution über die Teilung Palästinas

1947-1948 jüdischer Terror gegen britische Soldaten und Einrichtungen;
„Bürger“-Krieg zwischen Juden und Arabern

1948-1949 erster israelisch-arabischer Krieg, israelischer Unabhängigkeitskrieg;
Etablierung der „Grünen Linie“